



Politik und Wissenschaft, ein historisch reziprokes Verhältnis

10.06.2020

Von Hermann Mörwald / APA-Science

Wien (APA-Science) - So etwas wie die "reine Wissenschaft", die ohne Politik auskommt, gibt es nicht. "Das ist eine Illusion. Wissenschaft und Politik waren seit jeher verbunden", attestieren sämtliche von APA-Science befragte Historiker.

Dirk Rupnow, Zeithistoriker und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der [Universität Innsbruck](#) erklärt dazu: "Wissenschaft ist klarerweise schon in sich stark und auf verschiedenen Ebenen politik-durchzogen." Das gelte für totalitäre wie auch demokratische Systeme. Schon in den Fächern selbst gehe darum, was wird gefördert, wie werden Ressourcen verteilt, was wird anerkannt und was nicht. Die Politik wiederum entscheide von außen, welche, wie viele Mittel wie in Richtung Wissenschaft verteilt würden. Demgegenüber analysiere die Wissenschaft die Politik. "Gleichzeitig berät sie diese auch und fließt somit in verschiedenen Ausformungen in gesellschaftliche Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse ein", so der Geschichtswissenschaftler gegenüber APA-Science.

Generell kann also gesagt werden, es gibt und hat nie eine politikfreie Wissenschaft gegeben. Politik und Wissenschaft stehen in einem reziproken Verhältnis. Beide sind miteinander verzahnt und nehmen immer wieder aufeinander Bezug. Politik nutzt natürlich Wissenschaft für sich. Das zeigt sich derzeit ganz offensichtlich und vielfältig anlässlich des global grassierenden Coronavirus. Wissenschaft erlebt laut den Experten derzeit insgesamt eine hohe Akzeptanz. Sie verweisen aber auch darauf, dass parallel dazu eine Entwicklung hin zu Wissenschaftsskepsis und Verschwörungstheorien läuft.



Wissenschaft dient politischen Interessen

Ganz klar ist, dass autokratische Systeme auf die Wissenschaft zugreifen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Dabei dürfe nicht übersehen werden, dass die Wissenschaft oft genug bewusst mitspielt. "Wissenschaft möchte ja auch die Politik nutzen, um zum Beispiel Ressourcen für sich zu gewinnen. Das gilt gleichermaßen für alle politischen Systeme, der Unterschied liegt in der Intensität, der Organisation und auch in den Spielräumen, die die Wissenschaft dabei hat", fasst Rupnow zusammen.

Autokratische Regime versuchen, der Ideologie entsprechende Wissenschaftspolitik umzusetzen. Wissenschaft - zumindest gewisse Disziplinen - wird instrumentalisiert und ideologisiert (z.B. die "Deutsche Physik"). Andererseits diene sich die Wissenschaft an, wie das etwa im Naziregime deutlich sichtbar wurde, erläutert Rupnow. Die Gleichschaltung der Universitäten im Nationalsozialismus passierte nicht nur von außen, da "hat es starke interne Tendenzen an den Hochschulen gegeben, die den Herrschenden 'im vorausseilenden Gehorsam' gefolgt sind (Selbstgleichschaltung). Das wurde dann in den Nachkriegsjahren von vielen Wissenschaftler/innen verschleierte, die sich als missbraucht hinstellten", so Rupnow. Das war eine beliebte Entlastungsstrategie, um von den eigenen Verfehlungen, oder gar der eigenen Mittäterschaft abzulenken.

Er ortet nach 1945 einen Beruhigungsdiskurs, der suggeriert, dass der größte Teil der Wissenschaft gegen den eigenen Willen missbraucht wurde. So mancher Wissenschaftler argumentierte in Entnazifizierungsprozessen damit, er habe "rein wissenschaftlich" gearbeitet. Damit sollte laut Rupnow eine vermeintliche Losgelöstheit der Forschung von der Politik vermittelt werden. Das habe in den diversen Disziplinen ganz unterschiedlich funktioniert. Manche (Naturwissenschaften größtenteils) schafften die Transformationshürde 1945 besser, manche (große Teile der Geisteswissenschaften) weniger gut.

Kein Unterschied bei inneren Mechanismen

Grundsätzlich könne gesagt werden, Wissenschaft in demokratischen und totalitären Systemen sei nicht so unterschiedlich, wie man vermuten könnte, sagt Rupnow: "Die inneren Mechanismen sind sich ähnlich, den Unterschied machen - wenig überraschend - die politischen Umstände aus, die dann oft zu anderen Ergebnissen führen. "Auch in autokratischen Systemen existieren wissenschaftlicher Diskurs und wissenschaftsinterne Politiken. Da gibt es nicht nur 'die eine Meinung'", so Rupnow. Doch egal in welchem System gehe es letztlich ganz prosaisch meist um den Zugriff auf Mittel und Ressourcen.

In demokratischen Systemen würden für die Geld- und Ressourcenverteilung Kriterien wie Innovation, Exzellenz, wirtschaftliche Umsetzbarkeit usw. herangezogen. Es komme quasi zu einer "Verwissenschaftlichung des Wissenschaftswettkampfs". Durch Punktesysteme, Universitätsrankings etc. soll Transparenz vermittelt werden. "Es wird angenommen, dass Demokratie und Wissenschaft ein Naheverhältnis haben, dass es nur in diesem Umfeld einen unbeschränkten, weitgehend von ideologischem Störfeuer befreiten Wettkampf der wissenschaftlichen Positionen und des Wissensgewinns gibt. Wissenschaft kommt in der demokratischen Kultur von konstruktiver Auseinandersetzung am besten zur Entfaltung. Das heißt aber nicht, dass Wissenschaft in totalitären Regimen nicht funktioniert, wie zum Beispiel die sowjetische Weltraumforschung im Kalten Krieg gezeigt hat. Die USA und die UdSSR haben sich bekanntlich dabei lange Zeit einen Wettkampf geliefert. Da ging es auch darum, zu zeigen, was das wertvollere, effizientere und letztlich bessere System ist. Beide Ideologien haben sich dafür massiv der Wissenschaft bedient", erläutert Rupnow.

Fünf Schritte

Aber wie geht ein totalitäres System konkret mit Forschung und der universitären Lehre um? Linda Erker, Historikerin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, spricht von fünf Schritten, was den Umgang einer Diktatur mit Universitäten - in Abstufungen - ausmacht und verweist auf eine Analyse der beiden Historiker John Connelly und Michael Grüttner.

Da ist einmal der ideologische Eingriff in Lehre und Forschung. Das kann durch die Gründung von neuen Instituten, durch entsprechende Pflichtvorlesungen oder auch neue Gesetze passieren. So sollen Forschung und Lehre ideologisch neu ausgerichtet und gelenkt werden.

Wissenschaftlers wird der Lehrkörper, aber auch die Gruppe der Studierenden "gesäubert", regimiekritische Positionen werden ausgeschlossen (Exklusion).

Sodann wird mittels Inklusion entschieden, wer Ausbilden darf und wer Zugang zum Studium mit welchem Ziel bekommt.

Totalitäre Regime greifen zudem in die Autonomie und Selbstverwaltung von Universitäten ein. Damit soll gewährleistet werden, dass Hochschulen im Sinne der herrschenden Ideologie funktionieren.

Zusätzlich wird der Fokus verstärkt auf die nationale Forschung gelegt. Es folgt eine Absage an den wissenschaftlichen Internationalismus bis hin zur Abwertung von Ergebnissen. "Da gibt es in den verschiedenen Diktaturen aber durchaus Abstufungen", erklärt Erker. Diese Schritte und Lenkungen kann man laut der Historikerin auch im Austrofaschismus, über dessen Wirken an der Universität Wien sie ein Buch schreibt, nachzeichnen. "Was verfolgt ein System? Im Nationalsozialismus zum Beispiel wurde wie gesagt die 'deutsche Physik' gegen die 'jüdische' Relativitätstheorie in Stellung gebracht, im Austrofaschismus wiederum wurde die katholische Philosophie durch Neuberufungen von regimeloyalen Lehrenden gestärkt", erklärt Erker.

Zudem fuhr das austrofaschistische Regime gemäß der Geschichtswissenschaftlerin ein universitäres Sparprogramm, was zu einem guten Teil auch der Weltwirtschaftskrise und der Österreich aufgebürdeten Austeritätspolitik geschuldet war. Fast ein Viertel der Professuren wurde laut Erker gestrichen, nur zwei für katholische Theologie kamen hinzu. Die Sparmaßnahmen wurden aber auch für ideologische Zwecke und für politisch motivierte Entlassungen und Pensionierungen missbraucht. Für die Studierenden wurde eine Einheitsvertretung eingeführt.

Darüber hinaus werden verpflichtende politische Vorlesungen ("Ideelle und geschichtliche Grundlagen des österreichischen Staates") und "erzieherische" Hochschullager für Studenten (nur Männer) aufgesetzt. "Der Austrofaschismus wie auch der italienische Faschismus und der spanische Franquismus erkennen, dass die Studierenden die zukünftige Elite sind und daher ideologisch entsprechend gebildet und indoktriniert werden müssen. Neben der Forschung und der Lehre wird die ideologisch-politische Erziehung zur dritten Säule an Österreichs Universitäten in den Jahren von 1933 bis 1938", fasst die Historikerin zusammen.

Opposition an der Universität Wien sei im Austrofaschismus und auch schon in den späten 1920er-Jahren weniger von den Linken gekommen, die seien damals kaum mehr vertreten gewesen, sondern hauptsächlich von den nationalsozialistischen Studenten. "Da waren schon ziemlich brutale Krawallmacher dabei, die das Podium Universität für ihre Politik lautstark zu nutzen versuchten und vor allem linke und jüdische Kommiliton/innen physisch bedrohten", erklärt Erker. So stellt etwa der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) an allen Universitäten bei den Wahlen 1931 bereits die Mehrheit, zweitstärkste Fraktion war die der Katholischen Studierenden.

Viele austrofaschistische Unifunktionäre, die nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus, ihre Jobs verloren, bekamen nach Ende des 2. Weltkriegs im Zuge der demokratischen Restaurierung der Universitäten rasch wieder ihre Ämter und Posten zurück. Vertreter des einen autoritären Systems müssen im unmittelbar folgenden Regime weichen, kehren dann aber 1945 in der neuen Demokratie wieder zurück. Das ist laut Erker historisch einzigartig und wegweisend für Österreichs Bildungspolitik in der Zweiten Republik.

Eben diese vormals austrofaschistischen Funktionäre waren es laut Erker nämlich auch, die dann im nächsten Schritt zu einem großen Teil lieber ehemalige Nationalsozialisten statt vertriebene Juden, Sozialisten oder Kommunisten wieder an die Hochschulen holten. Erker: "Darin zeigt sich wiederum, wie rasch bestimmte Netzwerke in der Zweiten Republik reaktiviert wurden, die bis 1938 oftmals reibungslos funktionierten", erzählt Erker.

Gegenseitige Wertschätzung

Barbara Stelzl-Marx', Leiterin des [Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung](#) (BIK) und Wissenschaftlerin des Jahres 2019, Erfahrung mit der Politik ist, dass der Austausch wertschätzend verläuft: "Schließlich profitieren beide Seiten davon." Es gebe immer wieder einen positiven, konstruktiven Austausch, wodurch interessante Forschungen möglich und spannende Ergebnisse öffentlich gemacht werden können.

Ergebnisse von Historikern aber auch anderen Geistes- und Sozialwissenschaftlern würden aber in der Regel weit weniger weitreichende Auswirkungen haben als das, was derzeit in Sachen Coronavirus von den Positionierungen verschiedener medizinischer Disziplinen und den daraus resultierenden politischen Entscheidungen ausgeht. Momentan sei die Medizinforschung mitten in der Gesellschaft und Teil weitreichender und wahrscheinlich nachhaltiger Effekte. Da (Coronavirus, n.) gehe es schließlich auch um die Existenz der Menschheit, das gelte auch für die Klimadebatte, sind sich die Wissenschaftler einig.

Stelzl-Marx, die auch als Professorin für europäische Zeitgeschichte an der [Universität Graz](#) tätig ist, weiß aus eigener Erfahrungen zu berichten, dass ein großes öffentliches Interesse an wissenschaftlichen Ergebnissen besteht. Darauf würden zahlreiche positive Rückmeldungen auf öffentliche und mediale Auftritte hinweisen. Das hänge aber meist auch mit dem jeweiligen Themenfeld und der Vermittlung zusammen. "An unserem Institut (BIK, Anm.) versuchen wir, gesellschaftspolitisch relevante Themen aufzugreifen und zu vermitteln", so die Historikerin. Für sie ist das ganz wichtig: "Wenn man schon diese tolle Möglichkeit hat, als Forscher zu arbeiten, sollte man auch die Ergebnisse kommunizieren."

Stelzl-Marx erläuterte im Gespräch mit APA-Science exemplarisch, wie die Geschichtswissenschaft in mehr oder weniger autokratischen Staaten immer noch instrumentalisiert wird. 2005 - anlässlich 60 Jahre Ende des 2. Weltkriegs - wurde in Russland eine Kommission gegen die "Verfälschung der Geschichte zum Schaden Russlands" gebildet ("[Stalins Soldaten in Österreich](#)"). Das sei indirekt eine Aufforderung an Historiker gewesen, zu schauen, wer publiziert etwas, was das historische Bild Russlands "schadhaft darstellen" würde. Dafür handelte sich Russlands damaliger Präsident Dmitri Medwedew einige Kritik ein, worauf die Kommission wieder verschwand.

Das zeige wieder, dass es immer noch Versuche gezielter Einflussnahme auf die (historische) Wissenschaft gebe. Gerade am Umgang mit dem Ende des 2. Weltkriegs und der Rolle des eigenen Landes manifestiere sich in Russland immer wieder ein manipulativer Umgang mit der Geschichte. Die Politik versuche, mehr oder wenig offensichtlich Einfluss zu nehmen. Stelzl-Marx erklärt das damit, dass die eigene Vergangenheit auch identitätsstiftende Funktion hat.

© APA - Austria Presse Agentur eG; Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d.h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an science@apa.at.

